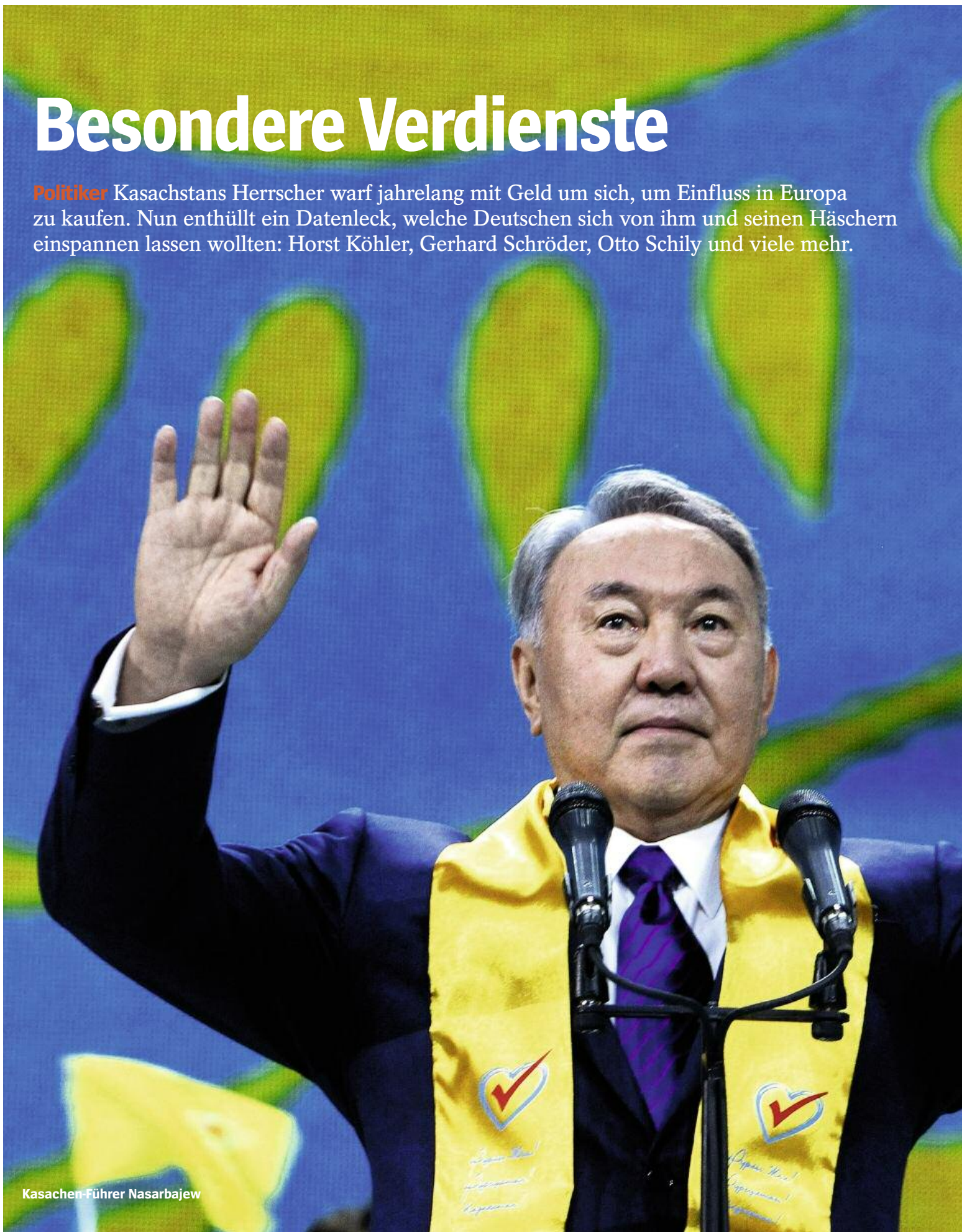


Besondere Verdienste

Politiker Kasachstans Herrscher warf jahrelang mit Geld um sich, um Einfluss in Europa zu kaufen. Nun enthüllt ein Datenleck, welche Deutschen sich von ihm und seinen Häschern einspannen lassen wollten: Horst Köhler, Gerhard Schröder, Otto Schily und viele mehr.



Kasachen-Führer Nasarbajew



Schily-Presskonferenz mit
Anwalt Lansky 2013 in Wien

OTTO SCHILY, SPD, Bundesinnenminister a. D.

Der Sozialdemokrat kassierte hohe Honorare, um Medien und Politiker für die Jagd auf den Schwiegersohn des Despoten Nasarbajew zu gewinnen.

Dies ist eine Geschichte mit großen Namen. Horst Köhler kommt darin vor, Gerhard Schröder, Otto Schily. Aber weil das Leben manchmal wie eine Satire ist, bitter und billig, beginnt sie vielleicht besser mit Generaldirektor Heinrich Haffenloher. Dem klebrigen Kleberfabrikanten aus der TV-Serie „Kir Royal“. Diesem Protzler mit den schmierigen Manieren. Den bei der Party keiner dabeihaben will. Der sich aber einfach alle kauft, die Presse, die Promis. Und mit einem Satz jeden Widerstand bricht: „Ich scheiß dich so was von zu mit meinem Geld.“ Bis er am Ende bekommt, was er will. Eine Party, seine Party, bei der alle für ihn auf den Tischen tanzen.

Es gibt ihn wirklich, diesen Haffenloher, nur dass er im echten Leben kein Klebstofffabrikant ist, sondern der Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew. Noch reicher, noch klebriger. Der Sohn eines Schafhirten, der sich in seiner Heimat in der Partei hocharbeitete, um sich mit dem Zerfall des Sowjetreichs vom kommunistischen Apparatschik in einen Sonnenkönig zu verwandeln. Seit 1990 herrscht er unbeschränkt und unberührbar über Kasachstan, das neuntgrößte Land der Erde. Bekannt für seine Bodenschätze, die Billionen wert sind – die Menschenrechte zählen hier dagegen so gut wie nichts. Bekannt ist Kasachstan auch dafür, dass sein Führer mit 74 immer noch an der Macht klebt – während der eine oder andere Gegner überraschend früh ablebt. Bekannt ist es für Milliardenaufträge, nach denen sich das Ausland streckt. Und für das Milliardenvermögen des Präsidenten, von dem er einiges ins Ausland geschafft haben soll. 17 Millionen Kasachen leben in dieser Kleptokratie, in der die Präsidentenfamilie nichts und niemanden fürchten muss, seit

das Parlament beschlossen hat, dass der Clan für die Justiz sakrosankt ist.

Nasarbajew gilt als lupenreiner Despot, allerdings: Wie Heinrich Haffenloher hat er ein großes Bedürfnis nach Anerkennung – bei Demokraten, im Westen. Das ist die Party, nach der sich Kasachstan sehnt, für die Kasachstan seit Jahren zahlt. Jede Menge Geld, damit prominente Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bereit sind, für Kasachstan anzutreten.

Und da ist man bei Horst Köhler: Vor drei Jahren hat sich der Altbundespräsident verkaufen wollen, für 300 000 Euro im Jahr, um sich für das Regime nützlich zu machen. Weil Köhler, 72, wohl gewusst haben wird, dass so etwas schlecht aussieht, hat er sich den Vertragsentwurf nicht ins Büro, sondern an ein diskretes Postfach in Berlin schicken lassen.

Auch Gerhard Schröder, 71, der frühere Kanzler, sollte 300 000 Euro im Jahr dafür kassieren, dass er den Kasachen zu Diensten ist. „Gerne bin ich bereit“, schrieb er im Dezember 2010, „zu den mit Ihnen besprochenen Bedingungen Mitglied des Internationalen Beirats zu werden.“ Eines Beirats, der dem kasachischen Ministerpräsidenten Hintertüren ganz oben in Europa öffnen sollte.

Und dann gibt es da noch Exinnenminister Otto Schily, 82, der aber ein besonderer Fall ist, ein besonders tiefer. Der „Eiserne Otto“ ließ sich für eine Sache einspannen, die auch eine Herzenssache des Kasachen-Herrschers war: die Hatz auf seinen früheren Schwiegersohn, der sich in Europa vor dem Regime in Sicherheit gebracht hatte.

Dieser Rachat Alijew war lange selbst ein Günstling am Hofe des Despoten. Gehörte zur Familie, zum Clan der Unantastbaren; als Chef der Steuerfahndung konnte

FOTOS: IGOR KOVALENKO / PICTURE ALLIANCE / DPA (L.); SOFORTBILD WILLY HASLINGER (O. R.)



er sich zig Millionen greifen, als Vize des Geheimdienstes seine Gegner. Bis er den unverzeihlichen Fehler beging, selbst Präsident werden zu wollen. Der Schwiegerpapa, beseelt vom Wunsch, noch bis 2020 der geliebte „Führer der Nation“ zu bleiben, setzte alles daran, Alijew ins Gefängnis zu bringen. Am besten in der Heimat, wo Alijew die nächsten 40 Jahre schmoren sollte. Ansonsten eben in einen Knast irgendwo in Europa.

Mit diesem Ziel ließ sich auch Schily für die Jagdgesellschaft anheuern; er wollte gegen Geld seine langjährigen Kontakte zum SPIEGEL dazu ausnutzen, eine Geschichte gegen Alijew im Magazin unterzubringen: „Als Speerspitze für diese SPIEGEL-Story wird Otto Schily auftreten“, heißt es unverblümt im Protokoll eines Gesprächs mit seinem Auftraggeber. Als da-

raus aber nichts wurde und deshalb Schilys Gehalt gekürzt werden sollte, reagierte der pikiert: „Ihr Ansinnen, das vereinbarte Honorar abzusenden, hat mich etwas überrascht. Es entspricht nicht meiner Übung, ein einmal vereinbartes Honorar neu zu verhandeln.“

Alijew? Der Fall spielt in Österreich, dort saß er zuletzt in Untersuchungshaft, dort wurde er Mitte Februar in seiner Zelle gefunden, erhängt am Handtuchhalter, angeblich Selbstmord. Aber darum geht es in dieser Geschichte nicht: Ob Alijew tatsächlich in Kasachstan 114 Millionen Euro zur Seite gebracht hat, ob er sogar zwei Menschen ermorden ließ oder das alles nur vom Geheimdienst so hingebogen wurde, wie er beteuerte, das wird sich vermutlich nie klären lassen.

Etwas anderes schon: die deutsche Seite. Der Einsatz deutscher Politprominenz, allzeit bereit, zu vielem bereit, vor allem, wenn das Geld stimmt. Schröder, Köhler, Schily. Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR. Peter Gauweiler, der CSU-Bundestagsabgeordnete. Dazu hochrangige Exbeamte: der ehemalige Europol-Chef Max-Peter Ratzel oder Jürgen Kapplinghaus, früher Oberstaatsanwalt bei der Düsseldorfer Generalstaatsanwaltschaft.

Diese deutsche Seite liegt nun dank eines Datenlecks in Wien, in der Operationszentrale der Kasachstan-Lobby, unter einem Vergrößerungsglas. Sehr detail-scharf: wie weit man hierzulande kommt, wenn man sich mit Geld Einfluss und mit Einfluss Entscheidungen besorgen will. Wo die Schleichwege verlaufen, die Abkürzun-

gen zum Ziel. Wer sich nicht zu schade ist, diese gekrümmten, diese krummen Wege zu nehmen: Politiker, ehemalige Beamte. Und wie sie dann plötzlich Termine in Ministerien bekommen, bei Staatsanwaltschaften. Und vertrauliche Informationen. Und Entscheidungen, die ohne sie womöglich anders ausgefallen wären.

Nur selten war der Blick in den Maschinenraum des Lobbyismus so unverstellt wie hier. Altgediente Politiker eines demokratischen Staates ließen sich dazu benutzen, einem Herrscher das Image zu polieren, in dessen Land die Werte des Grundgesetzes mit Füßen getreten werden. Sie hofierten ihn nicht etwa deshalb, weil die Staatsräson Politiker manchmal dazu zwingt. Sie taten es für Geld. Und andere Politiker und Exbeamte rochen sogar noch ein Geschäft, als der Diktator seinem untreuen Verwandten hinterherjagte.

Es ist eine dieser Geschichten, von denen die Öffentlichkeit niemals erfahren sollte. Weil dann deutlich wird, nach welchen Honoraren diese Ehemaligenkaste giert. Und wie billig sie damit aussieht.

Kasachstans Kampf um Einfluss in Europa beginnt 2009, und weil Geld offenbar keine Rolle spielt, läuft eine Doppelstrategie – wenn man so will: Operation und Operette. Das Operetten-team ist für das Prestige zuständig; dafür werden europäische Expolitiker verpflichtet, nur beste Namen, beste Verbindungen. Ein Kreis abgedankter Staatsmänner, die mit ihrem Renommee Nasarbajew zum hochgeschätzten Weltpolitiker aufpumpen sollen. Das Geld dafür kommt aus einem Staatsfonds.

Das Operationsteam ist dagegen für das Pressing zuständig, die Wühl- und Schmutzarbeit in Politik und Verwaltung. Es besteht aus Abgeordneten, Juristen, ehemaligen Polizisten. Ihre Aufgabe: die Auslieferung Alijews, der sich mit seinen Millionen in Österreich festgesetzt hat, dem Land, in dem er bis 2007 Botschafter war. Oder wenn das mit der Auslieferung nicht klappt, dann soll das Operationsteam der Justiz in Europa, auch in Deutschland, an jeder denkbaren Stelle Feuer machen. Damit sie gegen Kasachstans Staatsfeind Nummer eins und seine Vertrauten ermittelt, Anklage erhebt, sie ins Gefängnis steckt. Hier kommt das Geld zum großen Teil aus einer kasachischen Stiftung, die angebliche Alijew-Opfer vertritt, allerdings unter Verdacht steht, mit dem Staat Hand in Hand zu arbeiten.

Zwei Teams, ein Schnittpunkt: eine Rechtsanwaltskanzlei in Wien, Lansky, Ganzger + Partner. Ihr Chef, Gabriel Lansky, hat einst das Entführungsoffer Nata-scha Kampusch vertreten. Noch berühmter ist Lansky aber für seine Verfilzungen im roten Wien; das Stadtmagazin „Falter“ gab



Nasarbajew-Gegenspieler Alijew mit Bodyguards 2009 in Wien: Staatsfeind Nummer eins

ihm den Spitznamen „Genosse Gabi“. Ein Türöffner, Drahtzieher, Spezialist für nützliche Freundschaften. Und für die Frage, wie sich daraus ein Geschäft machen lässt.

Im Frühjahr 2009 erscheint „The Godfather-in-law“, ein Buch, in dem Alijew seinem Exschwiegervater offen Korruption und Auftragsmorde vorwirft. Ein paar Monate später schickt Lansky einen Brief an seine „Exzellenz“, den „sehr geehrten Herrn Präsidenten“, und unterbreitet ihm einen Vorschlag, der „von großen Nutzen für die Interessen Kasachstans sein“ könne. Dieser Alijew und ein paar andere sorgten für „eine negative öffentliche Meinung“. Sie beschmutzten mit ihren „Lügen“ die Politiker, die Justiz, die Wirtschaft von Kasachstan, und dagegen müsse der Präsident etwas tun. Lanskys Idee: ein „Club, primär europäischer Staatsmänner, die sich vor Kurzem aus der ‚großen Politik‘ zurückgezogen haben und nunmehr als private Berater arbeiten“.

Auch ein Zugpferd hat sich Lansky schon vor den Karren gespannt: den Österreicher Alfred Gusenbauer, Exkanzler, erst seit einem Jahr aus dem Amt: „Er ist noch immer ein aktiver Politiker und Lobbyist.“ Gusenbauer, 55, könne den „Club der Freunde Kasachstans anführen und andere hochrangige internationale Top-Politiker zur Teilnahme heranziehen“.

Was aber ist mit Nasarbajews Rache, was mit seinem Exschwiegerson? Auch daran hat Lansky gedacht: Wenn man ins Geschäft komme, werde sich Gusenbauer „natürlich als Bürger und Staatsmann in seiner neuen Funktion aktiv daran beteiligen“, Alijew „den Gerichten für seine begangenen Kapitalverbrechen zu übergeben“.

Die Ersten, die sein Mann Gusenbauer Mitte 2010 als Freunde Kasachstans einkauft, sind Romano Prodi aus Italien, Alek-

sander Kwaśniewski aus Polen, Marcelino Oreja aus Spanien. Also ein Expremierminister, ein Expräsident, ein Exaußenminister. Was macht es schon, dass anfangs nicht mal alle wissen, wie sich dieses Land schreibt – Gusenbauer versucht es mit „Khazachstan“, Prodi mit „Kazakistan“ –, das Geld stimmt. 400 000 Euro im Jahr für Gusenbauer, den Chef, 300 000 für Prodi; das sind die Zahlen in den Vertragsentwürfen.

Auf einer frühen Liste, datiert auf den 31. Mai 2010, steht auch der Name Joschka Fischer. Hat er abgelehnt? Keine Zeit, zu viel Skrupel? Fischer will dazu nichts sagen, klar ist: Ohne einen großen deutschen Namen mochten die „Freunde Kasachstans“ nicht antreten. Und drei Wochen später taucht ein anderer in der Liste auf: „Mach bitte eine neue Version“, schreibt Lansky einem Mitarbeiter, „mit Gerhard Schröder anstelle von Joschka Fischer.“

Am 21. Juni schickt Gusenbauer den Vertragsentwurf an Schröder, das Honorar fehlt noch, ansonsten ist es der Standardvertrag, den auch Prodi mit der Regierung in Astana hat: Schröder soll sich tüchtig ins Zeug legen, für die Kasachen „Kontakte auf höchstmöglicher Ebene anregen“. Ihren „politischen Einfluss in Europa steigern“. Das „Image Kasachstans und seiner offiziellen Vertreter auf internationalem Parkett stärken“. Viermal im Jahr muss Schröder demnach zu Treffen mit dem Premierminister einfliegen und öffentlich in Erscheinung treten, als Regierungsberater.

Kritik am Regime ist nicht erwünscht, wie eine Wohlverhaltensklausel zeigt: Wenn einer der Vertragspartner „sich eines Verhaltens schuldig macht, das darauf abzielt, die andere Seite in Misskredit zu bringen“, kann der Vertrag sofort gekündigt werden. Unabhängig ist das „Independent

International Advisory Council“ (IIAC), so der offizielle Name, also nur in den Toleranzgrenzen eines leicht reizbaren Potentaten.

Gusenbauer hofft, dass Schröder es schon Anfang Juli zu den Feiern „anlässlich des 70. Geburtstages des kasachstanischen Präsidenten“ schafft: „Die Regierung wird keine Kosten und Mühen scheuen, Dich von jedem Flugplatz der Welt in einem Privatflugzeug nach Astana zu bringen.“ Antwort Schröder: „Vielen Dank für die Einladung in das Beratergremium. Ich freue mich auf die Arbeit. Dem Präsidenten habe ich zum Geburtstag persönlich geschrieben.“

Das Geburtstagsdefilee erspart sich Schröder dann aber doch; für einen Moment sieht es sogar so aus, als überlegte er es sich anders: Er habe so viel zu tun, „ich werde deshalb nach meinen zeitlichen Möglichkeiten an Euren Beratungen teilnehmen. Dazu braucht es aber keiner vertraglichen Verpflichtung“, schreibt Schröder Ende Juli 2010.

Anwalt Lansky gerät prompt in Panik: „O je. Was heißt das? Er macht jetzt doch nicht mit?“ Und tatsächlich wird Schröders Büro zwei Jahre später auf eine Anfrage des SPIEGEL antworten: „Herr Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder ist nicht – und war auch nie – Mitglied in einem internationalen Beraterstab von Kasachstans Präsident Nasarbajew.“

Doch im Oktober 2010 nimmt Schröder in Wien zwei Tage lang als „Special Guest“ am Freundeskreis teil; im Sitzplan für das Arbeitessen ist sein Platz links neben dem Chef des Staatsfonds und rechts neben dem Berater des Ministerpräsidenten.

Laut Protokoll lässt sich der Kreis darüber aus, wie man beim bevorstehenden OSZE-Gipfel in Astana dafür sorgen wolle, dass Menschenrechtsgruppen mit ihrer Kritik nicht „den positiven Geist“ stören. Die Kasachen wollen einen Promigipfel, einen Propagandagipfel, das Wichtigste sei, dass viele große Namen kämen, sagt ein Regierungsvertreter. Was also tun mit störenden Menschenrechtlern? Schröder lobt immerhin den geplanten „offenen Dialog“ mit den Gruppen; ein Regierungsmann schränkt aber gleich ein, dass man ein paar,



HORST KÖHLER, CDU, Bundespräsident a. D.

Das ehemalige Staatsoberhaupt verhandelte monatelang mit den Kasachen, wollte möglichst unsichtbar bleiben, aber das volle Honorar kassieren.

die sich für sexuelle Minderheiten einsetzen, vom Treffen ausschließen werde.

Der Spanier Oreja warnt, dass solche Gruppen ständig nach Fehlern suchten. Gusenbauer schlägt deshalb vor, sich „ein Menschenrechtsthema“ vorzunehmen und das Problem so zu lösen, dass die Aktivisten „zufrieden sind und gleichzeitig davon abgelenkt, auf andere Fehler zu achten“. Kwaśniewski glaubt, dieser Plan könnte durchschaut werden. Schröder sagt laut Protokoll dazu nichts mehr.

Nach dem Treffen gibt es einen Vertragsentwurf zwischen der Kanzlei Lansky und dem Staatsfonds, der das Geld für den Beraterkreis stellt. Darin heißt es: Der Chef des Fonds „hat Gerhard Schröder am oder um den 3. Oktober 2010 bis zum 30. Juni 2013 als zusätzliches IIAC-Mitglied engagiert. Gerhard Schröder soll eine jährliche Zahlung von 300 000 Euro erhalten“.

Hat Schröder also angebissen? Sieht so aus: Im Dezember 2010 fliegt er nach Astana, zum nächsten Treffen. Gleich danach schickt er Lansky jenen Brief, in dem er sich „gerne bereit“ erklärt, „zu den mit Ihnen besprochenen Bedingungen Mitglied des Beirats“ zu werden. Doch diese Zusage ist vergiftet. Als Anlage sendet er mit, was ihm sein Duzfreund Gusenbauer ganz zu Anfang mal geschickt hatte, Gusenbauers eigenen Vertrag nämlich. In dem stehen aber nicht 300 000, sondern 400 000 Euro Jahreslöhne; das also sind die

Bedingungen, zu denen Schröder jetzt bereit ist.

„Er hat leider den Vertrag von Alfred bekommen, wo 400 Euro stehen“, heißt es in einer internen Alarmmail der Kanzlei Lansky. „Scheiße“, antwortet Lansky, er ahnt wohl: Ein deutscher Exkanzler, der weniger bekommen soll als ein Österreicher, da könnte einer beleidigt sein.

Am 2. Februar 2011 schreibt die Kanzlei zwar noch in einer Mail, sie habe Schröder in einer Honorarnote erfasst. Abgerechnet werden demnach „das letzte Quartal 2010 und erste Quartal 2011 + sein Flugticket“. Doch am 7. März steigt Schröder aus dem Diskussionsforum aus – „aus sehr persönlichen Gründen“, wie er dem kasachischen Ministerpräsidenten schreibt.

Was tun? Wieder wird ein Deutscher gebraucht, mit großem Titel, großem Namen, großem Prestige für die prestigeseuchenden Kasachen. 300 000 Euro, wer will jetzt? Horst Köhler will. 300 000 gute Gründe, sich zu verkaufen.

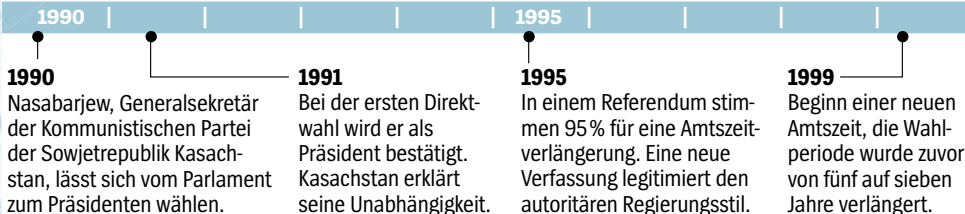
Gleich nach Schröders Ausstieg im Frühjahr meldet sich der Pole Kwaśniewski bei Köhler; im November hakt Gusenbauer nach. Ob er wegen der Sache mal vorbeischauen könne. Gern, man will sich in Köhlers Charlottenburger Privatwohnung treffen, Gusenbauer soll bei B. klingeln, Köhlers Pseudonym.

FOTO: ODD ANDERSEN / AFP



Lupenreiner Autokrat

Kasachstan unter Nursultan Nasarbajew – und der Fall Alijew





GERHARD SCHRÖDER, SPD, Bundeskanzler a. D.

Der Exregierungschef war dem Regime als „Special Guest“ zu Diensten. Trotz interner Hinweise auf eine „Honorarnote“: Er will kein Geld erhalten haben.

Köhler ist interessiert, zwei Tage später übermittelt er Gusenbauer eine Berliner Postfachadresse, für Briefe, die nicht über das Büro des Altbundespräsidenten laufen sollen. „Bitte den Köhler-Vertrag an diese Adresse schicken“, weist Gusenbauer die Kanzlei Lansky an.

Kurz danach schreibt Gusenbauer auch „Seiner Exzellenz“, dem kasachischen Ministerpräsidenten: Er habe vor ein paar Tagen „Verhandlungen“ mit Köhler darüber geführt, ob er ab Anfang 2012 „als reguläres Mitglied unseres Kreises“ mitmacht. „Ich bin sehr froh, Sie zu informieren, dass sich Herr Köhler durch Ihre Einladung sehr geehrt zeigte und seine mündliche Zustimmung gab.“ Die Kasachen haben es eilig. Der Staatsfonds, mit dem der Vertrag geschlossen werden soll, will an Köhler schreiben und fragt in Wien nach, wie man ihn am besten anspricht, Mr Köhler oder Präsident Köhler? „Na komm, sagen wir lieber Präsident, sonst ist er noch sauer“, so die Antwort.

Doch so sehr sich die Kasachen anbieten, der Vertragsentwurf, der gleiche wie bei den anderen Mitgliedern, gefällt Köhler wohl nicht. Er lässt Wochen ins Land ziehen. Der Deutsche, so erklärt das Kwaśniewski seinen Buddys im Freundeskreis, sei extrem ehrpusselig, wenn es darum gehe, wie sie in Deutschland auf eine neue Aufgabe reagieren würden. Man müsse ihm deshalb Mut zusprechen.

Am 22. Mai 2012 stößt Köhler zum Kreis der IIAC-Mitglieder, die sich in Astana treffen; die Ermutigung hilft offenbar. Danach heißt es in einer Mail der Kanzlei Lansky, Gusenbauer habe dort mit Köhler „umfassend über die Bedingungen seiner Teilnahme an unserem Kreis gesprochen“; Köhler habe seine Bereitschaft erklärt – wenn das Geld stimmt: „Des Weiteren wünschte Dr. Köhler das gesamte Gehalt für 2012 zu bekommen, auch wenn er faktisch erst im Mai/Juni startet.“ Offenbar kein Problem. In den Wochen danach lässt Köhler weiter am Vertragsentwurf arbeiten, den ihm die Kanzlei Lansky wiederum nur „per Post (!!!)“ schickt, „auf die geheime Postfachadresse“, wie es in internen Mails heißt.

Allerdings will Köhler nun keinen direkten Vertrag mit der kasachischen Seite, „sondern möchte eine Vereinbarung mit unserer Kanzlei haben“, schreibt die Lansky-Seite; die Kanzlei müsse sich das Geld dann von den Kasachen zurückholen. Und Mitglied des IIAC? Lieber nur „Special Guest“. Öffentliche Auftritte als Berater der Kasachen? Streichen. Kontakte auf höchstmöglicher Ebene anregen? Auch streichen. Wohlverhaltensklausel? Gestrichen.

Jede dieser Änderungen spricht dafür, dass Köhler wusste: So ein Vertrag gehört sich nicht für einen Altbundespräsidenten. Damit macht er sich die Finger schmutzig, weil es um ein Land geht, das von der Hu-

man Rights Foundation zum Paradebeispiel einer postmodernen Diktatur erklärt wird. In dem laut Amnesty International gefoltert wird. Das laut OSZE noch keine einzige faire und freie Wahl gesehen hat. Nur an einer Stelle streicht Köhler nie etwas, lässt bis zum letzten Entwurf Ende Juni 2012 alles unverändert: 300 000 Euro im Jahr, zu überweisen auf sein Konto bei der Deutschen Bank Berlin.

Ausgerechnet im Juli ergibt sich aber dann eine neue, bessere Chance: Die Uno will Köhler in ein Gremium holen, das die Millenniumziele für die weltweite Entwicklungspolitik fortschreiben soll. Eine Aufgabe mit hohem Renommee, der erste politische Job seit seinem Rücktritt 2010. Knapp vor der Unterschrift für die Kasachen schafft Köhler den Absprung. Er schreibt Nasarbajew, er könne sich nun leider aus Zeitgründen nicht so ernsthaft, wie er das von sich selbst erwarte, ins IIAC einbringen. Man halte aber den Kontakt, versprochen.

Köhler sagt heute, dass er tatsächlich überlegt habe, Mitglied des IIAC zu werden, sich nach seinem Astana-Besuch aber dagegen entschieden habe. Er habe daher nie als Berater der Regierung gearbeitet. Zum Inhalt seines Schriftverkehrs mit anderen gebe er grundsätzlich keine Auskunft. Im Übrigen: Das Postfach sei nicht geheim, sondern lediglich das normale für private Post gewesen.

Schröder lässt wie Köhler die meisten Fragen unbeantwortet, räumt aber ein, zu zwei IIAC-Treffen geflogen zu sein, als Special Guest. Er habe jedoch kein Geld bekommen. Warum die Kanzlei Lansky in einer internen Mail von einer Honorarnote sprechen kann, dazu äußerte sich Schröder nicht. Oreja sagt, er habe seit 2010 kein Geld mehr angenommen. Kwaśniewski will zur Höhe seines Honorars nichts sagen. Prodi auch nicht. Gusenbauer: dito. Der betont aber, dass der Beraterkreis nichts mit der Jagd auf Alijew zu tun gehabt habe, es sei nur um die hohe Politik gegangen.

Kein Gerhard Schröder, kein Horst Köhler, so bleibt die Stelle des deutschen Politpromis unbesetzt, aber nur die im Operettenteam. Im Operationsteam, das Alijew nachhetzen soll, gibt es gleich mehrere Deutsche, die sich zu Hand-

FOTO: HANNIBAL HANSCHKE / REUTERS





ALEKSANDER KWAŚNIEWSKI,
Staatspräsident a. D.

Der Pole ist bis heute Mitglied des kasachischen Beraterkreises. Über die Höhe seiner Zahlungen möchte er nichts sagen. Begründung: Darüber sei Vertraulichkeit vereinbart.



ALFRED GUSENBAUER, Bundeskanzler a. D.

Der Österreicher leitet den Lobbykreis der Kasachen, heuert neue Mitglieder an und soll deshalb 400 000 Euro im Jahr verdienen – deutlich mehr als die anderen Berater.

langern machen lassen. Hier geht es nicht um schöne Gruppenfotos mit Kasachstans Führung. Hier zählt auch nicht die diplomatische Kunst, den Vizepremier mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an einen Tisch zu bekommen, so wie es dem Freundeskreis im Jahr 2012 gelingt. Diese Arbeit ist anders: Druck machen, die richtigen Leute kennen, sie bekriegen. Und vor allem über Grenzen gehen. Dafür, so das österreichische Magazin „Profil“, füllen die Geldgeber aus Kasachstan Lanskys Kriegskasse mit mehr als 14 Millionen Euro.

Im August 2010 holt Lansky die Anwaltskanzlei des Münchner Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler (CSU) mit ins Mandat. Wenn Gauweiler, 65, selbst arbeitet, macht das 600 Euro die Stunde. Auftraggeber ist die kasachische Opferstiftung, gegründet von den Witwen der beiden Männer, die Alijew auf dem Gewissen haben soll. Die Stiftung verfügt über Millionen, woher genau, klärt sie nie auf.

Gauweiler ist, keine Frage, ein angesehener Jurist, aber was für Lansky offenbar mehr zählt, sind seine politischen Zugänge. Alijew hat sich 2009 nach Malta abgesetzt;



LOTHAR DE MAIZIÈRE, CDU,
Ministerpräsident a. D.

Der letzte DDR-Regierungschef soll sich bei der Vertretung eines mutmaßlichen Alijew-Opfers mit dem kasachischen Geheimdienst KGB eingelassen haben.



ELMAR BROK, CDU, Europaabgeordneter

Der EU-Parlamentarier forderte die österreichische Regierung auf, scharf gegen Alijew vorzugehen. In die Spur gesetzt wurde er von Lothar de Maizière.

österreichische Behörden haben das nonchalant zugelassen, und Lansky will, dass sich der EU-Ausschuss für Innere Sicherheit, kurz COSI, damit befasst. Er soll Österreich unbequeme Fragen stellen.

Wie aber bringt man COSI dazu? „Lieber Herr Dr. Gauweiler“, schreibt Lansky im Juli 2011, „meine Frage in diesem Zusammenhang ist, ob Sie nicht Ihren Kollegen Dr. Max Stadler für die Problematik sensibilisieren könnten.“ Stadler war damals bayerischer FDP-Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Er soll „aus seiner Funktion die deutschen Vertreter in COSI dazu motivieren, Druck auf Österreich aufzubauen“.

Das ist purer Lobbyismus, und tatsächlich lässt Gauweiler am 20. Juli 2011 an Stadler schreiben: Man wolle den Fall gern „zum Gegenstand der Beratungen“ im COSI machen. Da sitze doch auch ein Vertreter aus Stadlers Ministerium. „Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dem Vorgang nachgehen könnten.“ In einer Mail der Kanzlei Gauweiler heißt es: „Nach Versendung des Schreibens wird Herr Dr. Gauweiler Herrn

Dr. Stadler nochmals telefonisch kontaktieren.“

Man kann es ja mal versuchen. Stadler lässt Gauweiler wissen, in dieser Sache könnten er und sein Ministerium nichts machen. Doch glaubt man einer Mail aus dem Gauweiler-Büro, hat Stadler für den Kollegen aus dem Bundestag einen Tipp: Er solle doch mal mit Thomas Kutschaty reden, dem Justizminister von Nordrhein-Westfalen.

Dort, in Krefeld, ermittelt nämlich die Staatsanwaltschaft gegen Alijew, wegen Geldwäsche – angeblich mithilfe einer kleinen Metallfirma, bei der bis zu neun Millionen Euro versickert sein könnten. Gauweiler hatte die Strafverfolger Ende 2010 mit einer Anzeige auf den Fall gestoßen. Aus diesem Verfahren in Krefeld die ganz große Nummer zu machen, auf EU-Ebene, mit internationalen Ermittlungen – das ist das nächste Topziel auf der Agenda des Operationsteams.

Die Söldner mit dem richtigen Adressbuch heißen Max-Peter Ratzel und Jürgen Kapplinghaus. Ratzel, bis 2009 Chef von Europol in Den Haag, bringt beste Kontakte in den Polizeiapparat mit, die er nun als freier Berater verkauft: „Ich habe Zugang zur Leitungsebene im Bundeskriminalamt und im Landes kriminalamt NRW“, lässt er in einer Mail wissen. Kapplinghaus wiederum hat sich seinen Marktwert seit 1989 bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf aufgebaut. Dann als deutscher Delegierter bei Eurojust, der Behörde, die in großen Fällen die Justiz mehrerer EU-Staaten zusammenschaltet.

Ab August 2011 lassen sie zusammen ihre Beziehungen spielen, damit Staatsanwaltschaft und Polizei möglichst groß in den Fall einsteigen. Es geht darum, dass die Staatsanwaltschaft Krefeld das Verfahren tatsächlich Eurojust andient. Und später, dass die Krefelder den Fall weiterführen, statt ihn an Ermittler in Österreich abzugeben. Die nämlich stehen nach Ansicht der Kasachen auf Alijews Seite.

Ratzel, 65, beackert die Fahnder bei der Polizei: „Ich habe heute sowohl mit dem Assistant Director Operations von Europol als auch mit dem Direktor des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen über die Angelegenheit gesprochen“, meldet er nach Wien. „Sollte die zuständige Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen weitere Unterstützung benötigen, steht das LKA dafür bereit. Ich konnte den Behördenleiter dafür gewinnen.“ Das liest sich, als leite Ratzel die Ermittlungen, nicht die Polizei. Das LKA bestreitet heute eine solche Zusage, nicht aber ein Gespräch darüber.

Und wenn man Kapplinghaus glaubt, ist die NRW-Justiz Wachs in seinen Händen.

FOTOS: PIOTR MAŁECKI (O. L.); PAULUS PONIŁAK / CORA (O. R.); IAN EHM / PICTURE ALLIANCE / DPA (U. L.); THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHEK / GETTY IMAGES (U. R.)

Etwa sein Exkollege bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, „mit dem ich seit ca. 40 Jahren befreundet bin und der dort für den Vorgang zuständig“ sei. Oder in Krefeld der junge Staatsanwalt, bei dem der Fall bis dahin auf eher kleiner Flamme köchelt. Kapplinghaus wirbt bei ihm für Eurojust, schickt ihm hinterher eine Vorlage für den Antrag, damit Eurojust sich den Fall vornimmt.

Auch im Justizministerium, so behauptet zumindest Kapplinghaus, gehen die Türen schneller auf, als er sie eintreten kann: Alles laufe in die „von mir gewünschte Richtung“, schreibt er im Oktober 2011. Das habe ihm ein hoher Ministerialer gerade persönlich gesagt. Es dauere nur noch Tage bis zum Antrag an Eurojust.

Fest steht, dass Kapplinghaus gern dick aufträgt, um die Auftraggeber in Wien mit seinen Zugängen zu beeindrucken. Einiges von dem, was er in seinen Mails behauptet, hält der Überprüfung nicht stand. Doch er ist auf jeden Fall bestens informiert. Nur drei Tage später triumphiert er in einer Mail: „We made it!“ Gerade habe Krefeld den Eurojust-Antrag losgeschickt. Und wirklich: Es ist einer von nur 72 deutschen Anträgen 2011.

Natürlich gibt es auch Widerstände. Der Nachfolger von Kapplinghaus bei Eurojust mag es wohl nicht, wenn der Exkollege ihm als Lobbyist einen Fall reindrückt. Und Österreich sieht keinen Bedarf, den Fall auf Euro-Ebene zu behandeln. So liegt die Sache zwar endlich bei Eurojust, aber erst mal nur drei Wochen lang. Und noch schlimmer für die Kasachen-Lobby: Auch die Krefelder Staatsanwaltschaft verliert nach diesem Rückschlag offenbar die Lust am Verfahren. Man denkt daran, die Causa Alijew zu den Kollegen nach Österreich abzuschieben. Das wäre der Worst Case für die Lansky-Truppe.

Aber so wie Kapplinghaus schreibt, grätscht er umgehend hinein: „Ich hatte heute Nachmittag eine mehrstündige Erörterung mit dem Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium NRW ... Er wird den Vorgang zur Chefsache erklären.“

Im Justizministerium bestätigt man heute, dass es ein Treffen mit Kapplinghaus gab, aber sicher nicht stundenlang, und vor allem: ohne dass man sich davon habe beeinflussen lassen. Und die Staatsanwaltschaft Krefeld bestreitet ebenso, dass Kapplinghaus irgendetwas bewirkt habe, was nicht auch ohne ihn so entschieden worden wäre.

Wie auch immer: Das Verfahren wurde nicht nach Österreich abgegeben, der Kasachen-Lobby blieb der Worst Case erspart. Der Fall liegt noch heute, im fünften Jahr, bei der Krefelder Staatsanwaltschaft.

Ist das wahre Macht? Die richtigen Türöffner für die Hinterzimmer zu haben? Jedenfalls denken die Kasachen, dass



Nasarbajew-Clan 1992 mit Schwiegersohn Alijew (2. v. r.): Geliebter „Führer der Nation“ bis 2020

Macht in Deutschland so funktioniert. Und je mehr Türöffner, desto besser; irgendwer wird irgendwann schon irgendwas bringen. Deshalb wundert es nicht, dass neben Lansky in Wien auch noch Lothar de Maizièr in Berlin von Kasachen angeheuert wird. Der letzte Ministerpräsident der DDR; noch ein Anwalt mit berühmtem Namen, der die Politik bearbeitet.

Im März 2011 schreibt de Maizièr einen Sechsseitenbrief an EU-Justizkommissarin Viviane Reding, Überschrift: „Die EU als Schutzraum für Menschenrechtsverletzer?“ Reding soll Druck auf Österreich machen: Wie könne es nur sein, dass Alijew so mir nichts, dir nichts unauffindbar abtauche? Nach Malta nämlich. Prompt schreibt Reding der österreichischen Justizministerin einen besorgten Brief. Und gleich danach empört sich auch Elmar Brok, 69, deutscher EU-Abgeordneter, über Felix Austria. Wie Brok sagt, habe ihn de Maizièr auf den Fall hingewiesen. Danach habe „ich mich dafür eingesetzt, dass in Österreich und der EU mögliche strafrechtliche Vorwürfe geprüft werden sollen“. Einfach so? „Ich habe kein Geld von irgendjemandem bekommen“, versichert Brok.

De Maizièr, 75, vertritt als Anwalt einen Kasachen, der 1999 von Alijew gefoltert worden sein soll. Nun, da es gegen Alijew geht, interessiert sich das Regime offenbar für die Geschichte. Wie brennend offenbar, das wird nachträglich im Mai

2014 vor dem Landgericht Berlin aktenkundig. Dort klagt bis heute ein russischer Jurist. Er verlangt Geld für seinen angeblichen Einsatz im Team gegen Alijew und trägt eine interessante Geschichte vor, die erzählt, wie eng die Verbindung von de Maizièr zu den kasachischen Behörden gewesen sein soll, auch zum berühmten Geheimdienst KNB.

Wenn man der Klage glauben darf, „bestand und besteht die Rolle des Herrn de Maizièr darin, politische Lobbyarbeit zu leisten“. Demnach gab es am 16. Juli 2012 in der Kanzlei de Maizièr ein Treffen, bei dem auf kasachischer Seite auch Baurzhan Z. teilnahm. Der sei den anderen als „Hauptkoordinator“ der Ermittlungen vorgestellt worden, die der Geheimdienst und die Generalstaatsanwaltschaft Kasachstans gesteuert hätten. Weiter heißt es in der Klage über den Geheimdienst KNB: „Das Interesse des Nationalen Sicherheitskomitees Kasachstans war und ist es, seine koordinierende Rolle in der Verfolgung des Herrn Alijew in Europa und die Verwendung von Haushaltsmitteln dafür geheim zu halten.“ Man habe auch gleich Decknamen ausgegeben: Baurzhan Z. war demnach „Boris“, Alijew war „Target“, de Maizièr „Veteran“.

So wie es aussieht, war de Maizièr tatsächlich Veteran genug, um immer auf die Deckung zu achten: Laut Klage sollte es keinen direkten Vertrag zwischen Kasachs-



Kasachische Hauptstadt Astana

tans Regierung und dem Juristen aus Russland geben, der nun sein Geld fordert. Deshalb habe de Maizière einen jungen Berliner Anwalt dazwischengeschaltet. An den sollten die kasachischen Behörden zahlen. In der Klage ist außerdem die Rede davon, dass beträchtliche Summen für Lobbyarbeit bei „relevanten EU-Komitees und Mitgliedern des Europaparlaments“ vorgesehen seien.

Die Anwaltsbüros liefern sich in dieser Zeit ein ständiges Windhundrennen um die Millionen aus Kasachstan: Da ist der eine Kreis um de Maizière in Berlin, der andere um Lansky in Wien. Dort staunt man nicht schlecht, als für die Kasachen plötzlich noch eine Anwältin im Krefelder Verfahren auftaucht – Lilli Löbsack, angeblich mit 300 000 Euro im Halbjahr munitioniert.

Die Berlinerin hat ein FDP-Parteibuch, bei Lansky argwöhnen sie, dass die Dame einen kurzen Draht zur liberalen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat. Aber bei den Nachforschungen kommt nichts heraus. Dafür zeigt sich eine andere politische Spur: Löbsack teilt sich ihr Anwaltsbüro mit dem damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Danckert. Und der meldet sich eines Tages bei NRW-Justizminister Kutschaty und fragt nach dem Krefelder Verfahren.

Die Kasachen, so viel ist klar, wollen Ergebnisse sehen, egal von wem, egal wie. Und so übertrumpfen sich die Teams mit frischen Mitspielern, selbst wenn die nur dafür gut sein sollten, die Hoffnung in Astana immer wieder zu befeuern. Die große neue Hoffnung im Team Lansky hat im Sommer des Jahres 2012 einen sehr bekannten Namen. Otto Schily. Minister a. D.

„Der genießt es übrigens, wenn er auch als solcher titulierte beziehungsweise auf

seine Verdienste als Minister angesprochen wird“, empfiehlt Ex-Europol-Chef Ratzel und verrät damit Schilys weiche Stelle: Eitelkeit. Die andere ist sowieso schon bekannt: Geld.

Dabei ist man in Wien anfangs gar nicht so überzeugt von ihm: „Wo siehst Du Raum für Schily neben Gauweiler?“, fragt Lansky eine Mitarbeiterin, und ein anderer Kanzleijurist schreibt: „Hat mit Gauweiler gemeinsam, dass sie extrem rechte Positionen einnehmen. Aber jemand, mit dem Leutheusser-Schnarrenberger absolut nicht kann.“ Kein Türöffner fürs Bundesjustizministerium also. Und für NRW, wo Lansky weiter die Justiz bearbeiten will, sei „Schily auch keine ‚Wunderwaffe‘ (...). Der aktuelle Justizminister NRW Kutschaty ist jedenfalls ein ‚Youngster‘. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Schily hier irgendeinen Effekt hat“.

Eingekauft wird er trotzdem. Wenn stimmt, was in einer Mail aus der Kanzlei steht, kassiert er im Oktober 2012 zunächst 70 000 Euro, im November soll er noch mal 75 000 bekommen. Und der alte Mann will das Geld wert sein. In einem Aktenvermerk über ein Treffen mit Schily im August 2012 notiert die Kanzlei: „Schily schlägt vor, dass er Herrn Roland Nobel, gegenwärtig Generalsekretär von Interpol, einen Besuch abstatten kann. Erst wenn dieser Besuch nicht fruchtet, wäre eine Strategie gegenüber deutschen Behörden anzudenken.“

Was das Geldwäscheverfahren in Krefeld angeht, habe man Schily schon eine Liste „der in diesem Bundesland relevanten Entscheidungsträger (Justizministerium etc.)“ geschickt. Ausgerüstet mit einem Dossier aus Wien, soll Schily dann Kutschaty angehen. „Hier sollte man nicht als Anwalt, sondern als deutscher Staatsbürger auftreten, der sich Sorgen macht, wie

sich die östliche Kriminalität in Deutschland ausbreitet“, heißt es im Gesprächsvermerk. Jedenfalls sei die Causa „politisch zu thematisieren“.

Das Beste, was Schily laut Vermerk zu bieten hat, findet sich aber ganz am Ende: „Ad Medien“. Er, der über Jahre als Innenminister ein begehrter Interviewpartner war, knorrig, klar, glaubwürdig, soll mit seinem Vertrauensbonus eine Geschichte gegen Alijew in einer möglichst renommierten Zeitung oder Zeitschrift unterbringen. „Schily rät, die ganze Story exklusiv dem SPIEGEL zuzuspielen.“ Es folgt der Satz von der „Speerspitze“, die Schily für diesen Artikel im SPIEGEL spielen will.

Bei Parteifreund Kutschaty macht der große Name genug Eindruck, Altersunterschied hin oder her. Am 5. November 2012 meldet Schily per Mail nach Wien, dass er ein „angenehmes Gespräch“ mit Kutschaty hatte; mehr berichte er lieber per Post. Ja, stimmt, der Minister habe Schily in dessen Berliner Büro besucht, bestätigt Kutschatys Stab, allerdings ohne dass Kutschaty vorher gewusst hätte, was Schily von ihm wollte. Als der Genosse dann auf Alijew gekommen sei, habe man nicht mehr viel zu besprechen gehabt.

Tatsächlich beschwert sich Schily vier Monate später in einem Brief direkt an Kutschaty, in Krefeld gehe nichts voran. Dieser Hinweis auf den „Stillstand der Ermittlungen“ sei Kutschaty doch sicherlich „willkommen“. Immerhin: Kutschaty lässt daraufhin prüfen – zwar ohne, dass es zu Beanstandungen kommt. Aber welcher Anwalt hat sonst schon so einen direkten Zugang zum Minister?

Ganz nach dem Geschmack von Schilys Zahlmeistern dürfte auf jeden Fall seine Pressekonferenz am 18. Februar 2013 in Wien gewesen sein, bei der er gegen Österreich wettete: Weder in Deutschland noch



PETER GAUWEILER, CSU, Bundestagsabgeordneter

Der Parlamentarier (bis März 2015) sollte einen Staatssekretär im Bundesjustizministerium gegen Alijew in Stellung bringen. Mit Gauweilers Anzeige begann das Krefelder Strafverfahren.



MAX-PETER RATZEL, Europol-Chef a. D.

Der heutige Sicherheitsberater mobilisierte für die Alijew-Jäger seine Kontakte zu Polizeibehörden. Er beriet den Wiener Anwalt Lansky auch in strategischen Fragen.

Frankreich oder Großbritannien „wäre ein Beschuldigter bei einer derart dichten Verdachtslage noch auf freiem Fuß“.

Doch mit dem Versuch, seine Versprechen „ad Medien“ zu halten, scheitert Schily. Aus der Idee, den SPIEGEL auf Alijew anzusetzen, wird nichts.

Im September 2012 bringt der SPIEGEL eine Titelgeschichte über gierige Altpolitiker, die ihre Kontakte versilbern. Schily wird eine eigene Story gewidmet, drei Seiten über seine zweifelhafte Rolle als Aufsichtsrat einer Firma, die dann auch noch pleitegegangen war.

Schily ist über die Geschichte sauer, stinksauer, er schreibt an den damaligen Chefredakteur Georg Mascolo, den er seit Langem kennt. Doch der stellt sich hinter die Geschichte, hinter seine Leute. Nun ist Schily so beleidigt, dass er sein Versprechen, mit Mascolo über die Alijew-Story zu reden, nicht mehr einlösen möchte. „Angesichts dieser Kontroverse will ich einstweilen von einem Gespräch mit Herrn Mascolo absehen“, schreibt er, „es sei denn, Mascolo ringt sich zu einem ‚Pater peccavi‘ durch.“ „Pater, peccavi“, Vater, ich habe gesündigt, das sagt in der Bibel der Verlorene Sohn bei der Rückkehr zum Vater. Nicht aber Mascolo zu Schily.

Als Minister konnte sich Schily seinen Hochmut leisten, dafür war er berüchtigt; als gekaufter Lobbyist nicht. Lansky reagiert kalt: kein Vorsprechen beim SPIEGEL, dann gibt es auch weniger Geld. Das lässt Schily hochfahren, schließlich trifft ihn das doppelt: bei der Eitelkeit und beim Geld.

Schon richtig, dass er Mascolo ansprechen sollte, um zu erreichen, dass der SPIEGEL sich mit dem Alijew-Fall befasse, schreibt er an Lansky. „Diese Verabredung habe ich jedoch keineswegs als wesentlichen Bestandteil meiner Tätigkeit angesehen, sondern nur als Nebenaspekt.“ Und

was dann? „Meine Einbeziehung in Ihre Aktivitäten habe ich vielmehr so verstanden, dass mit meinem Namen noch intensiver in der europäischen Öffentlichkeit dafür geworben werden kann, im Fall Alijew die erforderlichen rechtlichen und polizeilichen Maßnahmen zu ergreifen.“ Wenn allerdings sein Honorar gekürzt werde, werde er diverse Gespräche, die schon verabredet seien, eben ausfallen lassen.

Das immerhin muss man Schily lassen: immer klare Worte, auch wenn es darum geht, sich für so viel Geld wie möglich so schmutzig wie nötig zu verkaufen.

Der SPIEGEL berichtete tatsächlich noch einmal im März 2013 über den Fall Alijew – „Teure Freunde“ hieß der Artikel, und er dürfte den Kasachen nicht geschmeckt haben, Schily auch nicht. Er stand in einer Reihe mit Gusenbauer, Prodi, Tony Blair, die sich darin als „Fürsprecher“ eines „Tyranen“ wiederfanden.

Auch Lansky dürfte sich das Ergebnis seiner Hetzjagd anders vorgestellt haben. Zwar saß Alijew am Ende in Österreich in U-Haft; die Staatsanwaltschaft warf ihm die beiden Morde in Kasachstan vor. Aber auch gegen Lansky wird ermittelt; er soll als Spion für Kasachstan gearbeitet haben. Zunächst hatte er eine Detektei aus München darauf angesetzt, den zuständigen Wiener Staatsanwalt zu beschatten. Auf die Idee muss man erst mal kommen. Dann ließ Lansky auch noch das Wiener Bundeskriminalamt observieren, als Alijew-Vertraute einen Vernehmungstermin hatten. Der österreichische Verfassungsschutz glaubt, dass Lansky ihre Wohnadressen besorgen sollte – für einen Hausbesuch von Nasarbajews Schergen.

Lansky hat das gegenüber anderen Medien bestritten, so wie überhaupt jede Spionagetätigkeit. Zu einer Anfrage des SPIEGEL nahm er aber ebenso wenig Stel-

lung wie die kasachische Botschaft in Berlin, die kasachische Opferstiftung oder Ex-Europol-Chef Ratzel. Die Anwälte Gauweiler, de Maizières, Schily und Löbsack wollten mit Hinweis auf ihre Schweigepflicht keine detaillierten Auskünfte geben; Löbsack mit dem Zusatz, sie und ihre Kollegen, also auch der Abgeordnete Dankert, hielten sich immer ans Gesetz. Gauweiler mit dem Hinweis, seine Kanzlei habe pro Jahr nicht mehr als 20 000 Euro kassiert. Im Übrigen entbehre der Vorwurf, sein politisches Gewicht in diesem Fall ausgenutzt zu haben, jeder Grundlage. Schily ließ noch wissen, er habe nur für Lansky gearbeitet, nie für die kasachische Regierung, auch nicht mittelbar. Schon gar nicht habe er seine „Pressekontakte aus meiner Ministerzeit als ‚bezahlter Lobbyist‘“ missbraucht.

Der Einzige, der wenigstens Spurenelemente von Selbstkritik zulässt, ist Kappelinghaus, der frühere Oberstaatsanwalt: „Ich weiß, dass ich vor allem wegen der alten Kontakte aus meiner Dienstzeit hinzugezogen worden bin und sie besser nicht genutzt hätte. Aber ich habe mit Herzblut gearbeitet, weil ich unverändert denke, dass ich im Fall Alijew auf der richtigen Seite stand.“ Mehr will auch er nicht sagen.

Am Ende bekam der Despot im fernen Kasachstan dann seine Genugtuung. Die meisten Indizien sprechen im Moment dafür, dass sich Alijew tatsächlich selbst umgebracht hat. Dafür musste Kasachstan ausnahmsweise auch nichts zahlen. Und kein Deutscher etwas tun.

Sven Becker, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Walter Mayr, Jörg Schmitt



Video: Jürgen Dahlkamp über die Recherchen

spiegel.de/sp252015kasachstan
oder in der App DER SPIEGEL